

«HalbeHalbe»

Für eine wirksame Gleichstellungspolitik

Der Verfassungszusatz «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert» strebt eine wirksame Gleichstellungspolitik an, ohne Bewährtes infrage zu stellen. Ich habe unterschrieben. Unterschreibe auch du!

Agnes Dentsch, Ruggell;
Bettina Eberle-Frommelt, Balzers;
Claudia Heeb-Fleck, Schaan;
Claudia Robinigg-Büchel, Mauren;
Conny Büchel Brühwiler, Vaduz;
Edith Hilbe, Vaduz;
Elfriede Quaderer, Schaan;
Elisabeth Sele, Vaduz;
Eva Frommelt-Mengou Tata, Schaan;
Gabi Büchel Meier, Mauren;
Harry Hasler, Eschen;
Janine Köppli, Schaan;
Judith Oehri, Ruggell;
Marco Schädler, Triesenberg;
Margot Sele, Vaduz;
Mathias Ospelt, Vaduz;
Melanie Vonbun-Frommelt, Schaan;
Rupert Quaderer, Schaan;
Stefan Becker, Vaduz.

Begriffsverwirrung als gezielte Taktik

Das ist einer der Gründe, weshalb politische Diskussionen mit Linken in der Regel ein schwieriges, um nicht zu sagen aussichtsloses Unterfangen sind. Eine präzise Sprache wird strikt vermieden. Zum Beispiel wenn sie - der Klassiker schlechthin - vom «Kapitalismus» reden; vom «Neoliberalismus», von der «sozialen Gerechtigkeit» von «Migranten» und «Flüchtlingen», oder von «Chancengleichheit». Oder denken wir an die sogenannten «Menschenrechte», wo sie die ursprüngliche Idee von Abwehrrechten in Anspruchsrechte verdreht haben. Was wird alleine damit für Schindluder betrieben! Sie drehen und wenden die Begriffe, wie es ihnen passt, oder wie es die Situation gerade erfordert. Die einzelnen Worte stehen für alles und gleichzeitig für nichts; verwandeln sich in Allzweckwaffen. Das Ziel ist die Einnahme der unangefochtenen Diskursheute. Immer und überall!

Ein kleines Beispiel? Das Initiativkomitee von «HalbeHalbe» bietet Anschauungsunterricht. Da heisst es zum Beispiel: «(...) Wenn schon Frauen und Männer vor dem Gesetz gleich sind, sollte dies auch in der Wirklichkeit so sein. Davon ist Liechtenstein bezüglich der Chancengleichheit noch weit entfernt.» Wie ist die Aussage zu verstehen? Vermutlich soll damit gesagt werden, dass Gremien und Institutionen von Frauen und Männern in einem ausgewogenen Verhältnis besetzt wären, wenn eine Chancengleichheit gegeben wäre. Oder mit anderen Worten: Wo keine Ergebnisgleichheit vorliegt, liegt der Grund zwingend in einer fehlenden Chancengleichheit (und damit muss Diskriminierung vorliegen)! Damit werden unter anderem zwei unverrückbare Punkte linker Argumentation bestätigt.

1. Ergebnisgleichheit ist uneingeschränkt positiv und muss deshalb - koste es, was es wolle - durchgesetzt werden.

2. Einzige Determinante für die Ergebnisgleichheit ist die Chancengleichheit. Natürlich wissen auch die Linken, dass dem nicht so ist.

Dass Ergebnisse selbstverständlich noch von anderen Dingen abhängen. Von Begabungen, Interessen, Präferenzen etc. Aber dafür, dass ein bestimmter Mensch an gewissen Dingen eben kein oder weniger Interesse, oder eben einfach andere Präferenzen hat, kann man nicht alle anderen verantwortlich machen. Interesse, Talent, Hingabe etc. kann man von anderen Menschen nicht ständig für wieder andere einfordern, oder Regierungen und Politik damit erpressen und vor sich her treiben. Wenn man alles auf eine «fehlende Chancengleichheit» eindampft, dann ist das alles möglich. Dazu auch noch im Namen des vermeintlich «Guten». So hanebüchen die Vorwürfe auch sind.

Hans Mechnig,
Tröxle 46, Schaan

Goop'sche Schule Ravenna als gute Gelegenheit

Eine kleine Adventsgeschichte für die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner. Derzeit wohne ich in Ravenna, der dreimaligen Hauptstadt Italiens. Die kulturelle Vielfalt Ravennas ist beispiellos, hier kann man wunderschöne und seltene Mosaiken aus der Zeit Roms, Theoderichs des Grossen und Justinians aus Byzanz bestaunen.

In Ravenna bin ich, um die italienische Sprache zu erlernen und zu studieren. Insgesamt werde ich sechs Monate hier verbringen. Als ich erstmals die Scuola Palazzo Malvisi betrat, hat mich deren Direktor Michele Merola sehr freundlich empfangen. Dabei stellte er mir seine Frau vor, die die Präsidentin dieser Schule ist. Ich habe ihr meinen Namen gesagt und sie hat sich als Sandra Goop vorgestellt. Überrascht habe ich sie in Dialektform gefragt, ob sie aus Schellenberg komme. Das sei so, antwortete sie, eine Schellenbergerin und Liechtensteinerin sei sie. Eine Geschichte, wie sie nur Liechtensteiner als besonders zu erkennen vermögen. So wenige gibt es und doch trifft man Liechtensteiner auf der ganzen Welt.

In der Schule sind einige wirklich ausgezeichnete und erfahrene Lehrer, wahre Sprachvermittler, tätig. Neben den Kursen gibt es ein vielfältiges kulturelles Programm, so dass ich heute die besondere Geschichte Ravennas gut kenne.

In der italienischen Abteilung sind lernende, junge und ältere Erwachsene aus vielen Ländern hier. Einige der Studenten bereiten sich auf die DILI-B2- oder CALC-C1-Prüfungen vor. Die Gruppen- oder Einzelstunden sind persönlich gestaltet.

Es gibt zusätzlich eine englische Abteilung, die Schülern hilft, sich auf die anerkannten Cambridge-Prüfungen vorzubereiten. Sandra, die Schellenbergerin, ist eine sehr freundliche und zugewandte Frau, und auf meine Frage, nach dem Wie und dem Woher, liess sie mich den Goop-Stammbaum ansehen. Sie stammt aus der Linie Karl Goops (1873-1961). Georg, Karls Sohn und Sandras Grossvater, wanderte in den 1920er-Jahren aus wirtschaftlichen Gründen nach Allschwil im Kanton Basel-Land aus. Sandras Vater ist Rudolf Goop (1931-1990). Heute gibt es einige Goop-Familien in Allschwil.

Sandra und Michele sind die Inhaber der Schule Palazzo Malvisi. Bisher sind einige Lernende aus der Schweiz gekommen, aus Liechten-

stein bin ich jedoch der Erste. Dabei ist es im Umgang mit Sandra wie in Liechtenstein, man kennt und respektiert sich.

Wenn es in Liechtenstein Personen gibt, junge Erwachsene und solche jeden Alters, die gut Italienisch lernen möchten, kann ich die Schule in Ravenna wärmstens empfehlen. Die Lehrer sind ausgezeichnet. Und Sandra kümmert sich um die Lernenden. Zur Homepage führt die Adresse www.palazzomalvisi.com. Interessierte können auch mich persönlich anschreiben, an meine unten aufgeführte Post-Adresse. Also nehmen Sie sich ein Herz, machen Sie Pläne und setzen diese um. Als Preis winkt Ihnen, eine neue Sprache zu sprechen, nämlich die Sprache unserer Nachbarschaft Italiens. Alles Gute für Sie!

Reto Walter Brunhart, ul. Vegova 2,
1000 Ljubljana (Slowenien)

Quartierstrassendebatte Tempo 30 oder 40?

Der Dezember-Landtag hat mehrheitlich beschlossen, dass in Liechtenstein - im Gegensatz zur Schweiz - in Zukunft neben Tempo-30- und Tempo-50- auch Tempo-40-Zonen erlaubt sein sollen. Der Verkehrs-Club Liechtenstein (VCL) begrüsst jede Geschwindigkeitsreduktion auf Quartierstrassen, hält aber aus sachlichen Gründen Tempo 30 für die richtige Regelgeschwindigkeit.

Der wichtigste Grund für Tempo 30 und gegen Tempo 40 sind die viel weniger schweren Unfallfolgen; klar dargelegt in einem Artikel von Professor Walz vom Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich. Im Artikel, gedruckt in der «Schweizerischen Ärztezeitung» (Ausgabe 26/1994), werden die schrecklichen Unfallfolgen bei Kollisionen von Auto mit Fussgänger dargelegt und das drastische Ansteigen der Verletzungsschwere der angefahrenen Fussgänger bei Kollisionsgeschwindigkeiten über etwa 30 km/h grafisch dargestellt (siehe www.vcl.li). Aber auch Kollisionsgeschwindigkeiten von 20 bis 30 Stundenkilometern sind für die am häufigsten betroffenen Fussgängerinnen und Fussgängern, also jenen über 60 Jahren und Kindern von 5 bis 9 Jahren, keineswegs harmlos.

Tempo 40 ist also keine echte Alternative zu Tempo 30. Die Kollisionsgeschwindigkeit ist durchschnittlich noch so hoch, dass schwere - oft sogar tödliche - Verletzungen unvermeidlich sind.

Die Unfallfolgen einer Kollision bei Tempo 50 (im Gegensatz zu Tempo 30) sind erschreckend: Dadurch sterben etwa 40 Prozent der angefahrenen Fussgänger, 43 Prozent landen im Spital, gegenüber nur 5 beziehungsweise 30 Prozent bei Tempo 30. Wer mit dem Auto im Quartier schneller als Tempo 30 fährt, geht also das hohe Risiko ein, bei einem Unfall einen Menschen schwer oder gar tödlich zu verletzen. Eine Kollision mit Tempo 30 entspricht dem freien Fall aus einer Höhe von 3,5 Metern, Tempo 40 einem Fall aus 6,3 und Tempo 50 aus 9,9 Metern.

Daher unterstützt der VCL Tempo 30 auf Quartierstrassen. Tempo 30 erhöht die objektive und subjektive Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer und hilft, viel menschliches Leid zu vermeiden.

Der Vorstand des Verkehrs-Club Liechtenstein (VCL)

Rentendebatte

Zur Replik von Herbert Elkuch im «Volksblatt» vom 9. Dezember

Lieber Herbert, danke für deine Replik und die Klarstellung. Das hat für mich im Landtag wirklich anders geklungen, als dass es offenbar von dir beziehungsweise euch gemeint war. Tut mir leid, wenn ich aufgrund dieses Missverständnisses «dummes Zeug verbreitet» haben sollte. Beruhigend ist für mich zu hören, dass ihr keine Kürzungen forcieren wollt. Wir sollten nämlich die Leute, die im Land und damit auch mindestens indirekt für unser Land arbeiten - Inländer und Grenzgänger - nicht gegeneinander ausspielen. Vorausschauend erwarten uns bei den AHV-Sanierungsmassnahmen, die wiederum allen wehtun werden.

Ziel der VU-Motionäre war es, dafür eine dämpfende Wirkung mithilfe der unerwartet hohen «Extra-Einnahmen» durch die Spielbanken herbeizuführen. Der Umstand, dass viel Geld ins Ausland fliesst, ist in der Aufstellung unserer Volkswirtschaft und dem Gleichbehandlungsgrundsatz in unseren Sozialwerken begründet. Mit Spannung erwarte ich bei diesem Thema, wie es mit der österreichischen Indexierung der Familienbeihilfe weitergeht. Sollten die Österreicher damit vor dem EuGH durchkommen, würde das wohl eine europäische Revolution rund um die Vermeidung von Sozialleistungsexport in Gang setzen. Dass sich praktisch jede Debatte im Landtag am Ende zu den Finanzzuweisungen und zu den Vaduzer 100-Franken-Gutscheinen hinbewegt, ist leider symptomatisch für die Neiddebatten, die im hohen Haus von gewissen Abgeordneten immer wieder forciert werden. Im Rahmen der Gemeindeautonomie, die wir ja in diesem Land hochhalten, kann die Gemeinde Vaduz das natürlich machen. Klar wäre es nachhaltiger für alle im Land, wenn wir zur Lösung dieser Ungleichgewichte bei der Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden sowie beim Finanzausgleich ansetzen würden. Diesbezüglich kann es von Vorstehern geforderte, neue und gute Lösung nur geben, wenn die Regierung mit den Gemeinden auf Augenhöhe diskutiert. Das sei bis anhin leider nicht passiert, wie mir einige Vorsteher persönlich und andere in ihren medialen Reaktionen auf die neuerliche Vernehmlassung zu diesem Thema mitgeteilt haben.

Solange Neid und das gegenseitige Ausspielen der Beteiligten höher eingestuft wird als die Lösungsfindung für den gemeinsamen Erfolg, werden wir bei diesen Themen leider keine nachhaltigen Fortschritte erzielen.

Michael Winkler,
Parteisekretär der VU

5G-Mobilfunk-Netz

Zum Nachdenken!

Auch bei uns wird über die Strahlung des neuen 5G-Mobilfunk-Systems diskutiert - und natürlich werden alle Gesundheitsrisiken von den Mobilfunkanbieter negiert. Bedenklich ist die Nachricht, die uns aus der nordrhein-westfälischen Stadt Gelsenkirchen, dort hat der chinesische Konzern Huawei

vor längerer Zeit das 5G-Netz eingeführt hat, erreicht: Das Gesundheitsministerium des Bundeslandes bestätigte, dass dieses Jahr in einer Klinik innerhalb weniger Wochen drei Kinder mit verkrüppelten Händchen auf die Welt gekommen sind. Traurigerweise wurde mit dieser Nachricht die Warnung des schweizerischen Bundesamts für Umwelt (BAFU) der «Destabilisierung der Erbinformation durch die Strahlung» bestätigt.

Max Heidegger,
Unterfeld 28, Triesen

Elektrosensibilität und Gesundheit

Gelesen auf www.ibes.ch: «Zahlreiche Studien zeigen, dass Elektromog, beziehungsweise niederfrequente magnetische Strahlung die Gesundheit beeinträchtigt, wie Schlafprobleme, Kopfschmerzen (Migräne), Schwindel, Schwächegefühl, Schilddrüsen- und Stoffwechselprobleme, Depressionen, Tinnitus, Rücken- und Gelenkschmerzen, Blasenschwäche. Laut Studien der WHO (Weltgesundheitsorganisation) gibt es Hinweise auf Krebserkrankungen.

Im Allgemeinen lassen sich die Probleme elektrosensibler Menschen auf die negative Auswirkungen von Elektromog zurückführen. Dieser schadet der Gesundheit, bringt das biochemische Gleichgewicht durcheinander und bereitet dem Organismus eine Vielzahl an Beschwerden, für die sich keine anderweitig organische Ursachen finden lassen. Bei empfindlichen Personen und Kindern können neurovegetative Störungen schon bei geringen Feldstärke auftreten.

Wissenschaftler aus 39 Ländern haben die UNO, die WHO und die nationalen Regierungen aufgefordert, strikte Regelungen zum Einsatz von Handys und anderen Geräten, die elektromagnetische Felder erzeugen, festzulegen.»

Quelle, wie bereits erwähnt, ist die Homepage www.ibes.ch. Hier findet man viele Informationen, die verständlich erklärt werden.

Wir bauen 5G-Antennen, um noch schneller im Internet surfen zu können. Smartphones, Laptops sind unerlässlich. Auch alle elektronische Geräte im Haushalt, wie Fernsehen, Mikrowelle, PC usw. erzeugen elektromagnetische Felder. Wir atmen sogar CO₂ aus. Stress in der Arbeitswelt, in den Schulen und auch im Privatleben, ungesunde Ernährung und Mangel an Bewegung kommen hinzu. Fertig ist eine Krankheit. Die wiederum belasten nicht nur unseren Körper, sondern auch unsere Seele. Der Gang zum Arzt ist unerlässlich, die Gesundheitskosten steigen. Ein kranker Mensch, egal ob jung oder alt, leidet. Die Lebensqualität sinkt. Die resultierenden Ausfälle am Arbeitsplatz und in den Schulen führen zu Problemen.

Die Fragen lauten: Laut Krankenkassenstatistik 2018 haben 86 Prozent der Bevölkerung Liechtensteins ärztliche «Dienst» in Anspruch genommen. Das heisst nur 14 Prozent sind gesund? Warum? Werden wir in Zukunft kränker? Wo liegen die Ursachen? Wie beeinflusst der Klimawandel inklusive 5G-Antennen unsere Gesundheit? Was wird aus unseren Grundnahrungsmitteln? Fragen, über die wir nachdenken müssen.

Agnes Dentsch,
Poliweg 12, Ruggell

Datensicherheit

Elektronische E-Mail-Signatur nun in der LLV eingeführt

VADUZ Seit Ende November werden alle E-Mails der Landesverwaltung elektronisch signiert versendet. Die Umsetzung eines entsprechenden Regierungsbeschlusses wurde im Janu-

ar 2019 gestartet und nun abgeschlossen, so das Amt für Informatik in der Pressemitteilung. Die neue elektronische Signatur ermöglicht es dem Empfänger demnach zu überprüfen, ob eine E-Mail von einer Adresse der Landesverwaltung (einschliesslich Landespolizei, Gerichte und weitere verwaltungsnahe Organisationen) echt und vertrauenswürdig ist.

«Es ist sozusagen ein elektronischer Identitätsnachweis, der die Her-

kunft der E-Mail bestätigt», wird Amtsleiter Patrik Thoma zitiert. Durch diesen Nachweis kann die Identität der Person, die eine E-Mail elektronisch signiert versendet hat, zweifelsfrei festgestellt werden. «Durch können Phishing-E-Mails und andere Attacken durch Verifikation des effektiven Absenders identifiziert werden», erklärt Thoma. Der Empfänger erkennt die elektronische Signatur aufgrund eines Sig-

natur-Symbols. Mit einem Klick auf das Symbol ist ersichtlich, von wem diese E-Mail signiert wurde. «Enthält eine E-Mail dieses Symbol, kann davon ausgegangen werden, dass sie vertrauenswürdig ist», führt Thoma weiter aus.

Die Signatur-Funktion bedeute jedoch nicht, dass die E-Mail verschlüsselt ist, mahnt die Behörde weiter zur Vorsicht. Auch signierte E-Mails können extern abgefangen

und deren Inhalt samt Anhängen kann gelesen werden. Das könne nur mit einer zusätzlichen E-Mail-Verschlüsselung verhindert werden, die nicht jedoch Bestandteil dieser Umsetzung sei. «Mit der neuen Signatur tragen wir dennoch zur Datensicherheit bei, indem die Unverfälschtheit des Mail-Inhaltes sowie der effektive Absender verifiziert werden können», wird der Amtsleiter abschliessend zitiert. (red/ikr)